

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrüel, Rönahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil Jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 33

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behälter, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto

Halver

Montag, den 9. Februar

Erscheint: wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1931

Große Mehrheiten für Brüning

Abgelehnte Oppositionsanträge.

Wenn die Sirenen heulen...

Auch der Reichstag hat sein „Sturmsignal“, hat seinen Sirenenruf. So melodisch ist's nicht wie der Gesang der Sirenen, die einst in sagenhafter Vorzeit den homerischen Helden Odysseus und die Seinen durch liebliches Singen herantöten wollten in den Tod hinein. So angriffslos und kampfesfroh klingt es nicht, als wenn mit einem kurzen Sirenenruf eine deutsche Torpedobootflotte zum Angriff auf den Feind losbraut. Dumpf und langgezogen tönt das Heulen dieser Sirenen im Reichstag, aber es ist ebenso „lodend“ wie der Gesang ihrer sagenhaften Schwestern. Von überallher ruft es die Volksvertreter in den Ständigen Ausschüssen, dem Beratungsausschuss oder dem Ausschuss. Oder hinweg vom gerade servierten Kotelett im Restaurant. „Abstimmung!“ tönt ihr Ruf. „Namentliche Abstimmung!“ Und wer da steht, den tötet es noch obendrein die Diäten.

Sie dauert einige Zeit, hält die Erledigung der Tagesordnung auf und ist darum zu einem beliebigen Mittel der Opposition geworden. Um eine Abstimmung zur namentlichen zu machen, genügt schon ein von 50 Abgeordneten gestellter Antrag. Es ist also ein geradezu wundervolles Mittel der Minderheit, zwar die Mehrheit nicht zu überstimmen, wohl aber den Fortgang der parlamentarischen Arbeit zu hemmen. Dann spricht man davon, daß die Opposition zur parlamentarischen Obstruktion wird.

So begleitet das Sirenenheulen den Kampf der Minderheit gegen die Mehrheit. So ist häufigeres Sirenenheulen ein akustisches Zeichen für diesen Kampf und für den Hochgrad der aufeinanderstoßenden Gegensätze. Aber in der Sonnabend-Sitzung haben die Sirenen so oft heulen müssen, daß sie sicherlich heiser geworden wären, wenn sie nicht durch den elektrischen Strom betrieben würden, der keine Ermüdung kennt. Von etwas mehr als vier Stunden, die die Sitzung währte, wurden drei fast ganz von diesem Sirenenheulen begleitet, von namentlichen Abstimmungen ausgefüllt, nur mit kurzen Unterbrechungen für Debatten über die Geschäftsordnung. Bis dann die Mehrheit selbst zur Geschäftsordnung griff und über achtzehn, noch ausstehende Anträge zur Tagesordnung überzugehen beschloß — natürlich auch wieder in namentlicher Abstimmung —, weil man befürchtete, daß fast noch anderthalb Stunden namentlich abgestimmt werden würde. Erregt protestierte die Opposition von rechts und links, — aber derartiges war 1925 bereits einmal erfolgt. Die Obstruktion richtete sich natürlich gegen die baldige Beratung der Geschäftsordnungsreform und erreichte insofern auch ihr Ziel, als die Beratung der Reformanträge nun bis zur nächsten Sitzung verschoben werden mußte. So ist denn am Sonnabend nur durch diese Art, weitere namentliche Abstimmungen zu verhindern, es wenigstens gelungen, in zweiter Lesung den Haushalt des Reichskanzlers und des Reichsministeriums zu erledigen. Aber unter dem und durch das Sirenenheulen stellte sich heraus, daß der Reichskanzler über eine Mehrheit verfügt, auf die er sich bei diesem Sturm verlassen kann.

Der Präsident entließ seine Scharen mit dem Wort: „Bitte, machen Sie sich für den Montag auf eine lange Sitzung gefaßt!“ Er dürfte mit dieser Prophezeiung recht behalten. Und er hätte wohl noch hinzufügen können: „... auch auf eine stürmische Sitzung!“

Sitzungsbericht.

(19. Sitzung.) OB. Berlin, 7. Februar.

Nach Eröffnung der Sitzung erhebt zur Geschäftsordnung zunächst Abg. Stöcker (Komm.) schärfsten Einspruch dagegen, daß in Abwesenheit seiner Fraktion vom Präsidenten die Anträge der Regierungsparteien zur Änderung der Geschäftsordnung und insbesondere der Antrag Raach-München auf die Tagesordnung gesetzt worden sind. Mit dem Antrag Raach solle jede Beratung im Geschäftsausschuss unterbunden werden.

Abg. Gottheimer (Dm.) beantragte, die von seiner Fraktion bereits im Dezember eingebrachten Mißtrauensanträge gegen die Minister Treviranus, Curtius und Wirth mit der Tagesordnung zu verbinden. Präsident Lohde empfiehlt, da ja der Haushalt des Reichskanzlers zur Beratung steht, nur den Mißtrauensantrag gegen Minister Treviranus mit der Tagesordnung zu verbinden.

Es wird denn auch beschlossen, den Mißtrauensantrag gegen Treviranus heute zur Entscheidung zu bringen, die Mißtrauensanträge gegen Dr. Curtius und Dr. Wirth erst später zu erledigen. — Der kommunistische Antrag auf Aufhebung der Punkte, die die Reform der Geschäftsordnung und die Strafanträge gegen Abgeordnete betreffen, wird abgelehnt. Darauf wird die politische

Aussprache beim Haushalt des Reichskanzlers

fortgesetzt. Abg. Bornemann (Völk.) erklärt, seine Freunde seien der Auffassung, daß der Etat auf parlamentarischem Wege erledigt werden müsse. Die Diktatur dürfe keinen Experimenten unterworfen werden. Schuld an den Zuständen trage das System, das den Staat zur Beute privater Gruppeninteressen werden lasse.

Abg. Dr. Oberkorn (Dm.) wendet sich dagegen, daß der Reichskanzler davon gesprochen habe, Geheimrat Hugenberg habe „eine neue Inflation vorgeschlagen“. Er fragt den Reichskanzler, aus welchem Grunde er einer Darlegung, die klar und deutlich von den Gefahren der Inflation spreche, die Absicht der Verhinderung einer neuen Inflation unterlasse; ob der Reichskanzler nicht wisse, daß wir uns mitten in einer verhängnisvollen Deflation befinden; ob der Reichskanzler vergessen habe, daß schon zweimal das Ausland einen planmäßigen Angriff auf unsere Währung durch Zurückziehung kurzfristiger Kredite unternommen habe und daß die Regierung gegen eine Wiederholung wehrlos sei, und ob er es für möglich halte, diesen Zustand der Dinge als Dauerzustand bestehen zu lassen?

Die Behauptung des Reichskanzlers, dieser habe 1927 Hugenberg einen Vorschlag gemacht, zuerst den deutschen Staat zu entschulden und dann erst an die Reparationsfrage zu gehen, und daß es die Absicht der damaligen Regierung gewesen sei, diesen Vorschlag zu verwirklichen, erklärte der Redner im Einverständnis mit Hugenberg und den damaligen deutschen Ministerpräsidenten für eine Unwahrheit.

Weiter stellt er als Teilnehmer und Hauptredner der Versammlung, in der Hugenberg seine angegriffenen Ausführungen gemacht hat, fest, daß die Hauptgrundlagen, auf die sich der Abg. Joss (Ztr.) bezogen habe, eine Fälschung darstellten. (Hört! Hört! bei den Deutschen Nationalen.)

Auch Abg. Dr. Kleiner (Dm.) hielt dem Reichskanzler vor, daß von seiner Absicht, den Schleier von der Sabotage der Osthilfe zu lüften, nichts übriggeblieben sei als eine agitatorische Polemik. Die unerfreulichen larmenden Begleiterscheinungen bei der Ostreise des Reichskanzlers lehne die ganze nationale Bevölkerung der Grenzlande ab. Die Schuld liege aber bei den Trägern der Erfüllungspolitik. Von einer konfessionellen Seite könne nicht die Rede sein.

Während der Rede des Abg. Dr. Kleiner kommt es zu einem Zwischenfall. Auf einen sozialdemokratischen Ruf ertönt der Redner sehr scharf und wird zur Ordnung gerufen. Als die deutschen Nationalen Abg. Schiller und Quast dem Redner zustimmen, erhalten sie ebenfalls Ordnungsrufe.

Abg. Lude (Wirtschaftspartei) erkennt an, daß die Reichsregierung bemüht sei, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Die Wirtschaftspartei habe dem Kabinett Brüning von Anfang an ein gewisses Vertrauen entgegengebracht, aber die Deutschen Nationalen hätten in Verleumdung der Verhältnisse die Auflösung des Reichstages herbeigeführt. Die Folge sei eine Radikalisierung und eine Verschärfung der Wirtschaftskrise gewesen. Der Redner schließt mit einer Kampfansage an die Nationalsozialisten.

Abg. Döhrich (Deutsches Landvolk) gibt eine Erklärung ab, wonach seine Fraktion den Antrag auf Reichstagsauflösung ablehnt. Seine Fraktion verlange eine

Umbildung der Reichsregierung, die dem nationalen Volkswillen entspreche, und werde daher den Mißtrauensanträgen zustimmen.

Der Abg. Dr. Ben (Nat.-Soz.) erklärt, das Volk werde einst nicht nach der Zentrumsdialektik zwischen legalen und illegalem Separatismus unterscheiden, sondern zwischen den Leuten, die im Dienste Frankreichs die Rheinprovinz zu einem selbständigen Staat machen wollten, und den anderen, die dagegen ankämpften. Auf die Frage des Präsidenten, ob sich das auch auf Mitglieder des Hauses beziehen solle, erwidert der Redner, er könne das im Augenblick nicht übersehen, und fährt dann fort: Wenn wir an der Macht sind, so werden wir nicht die kleinen, sondern die großen Separatisten hängen.

Das Haus tritt dann in die Abstimmungen über die Mißtrauensanträge ein. Zunächst, und zwar namentlich über die nationalsozialistischen und kommunistischen

Mißtrauensanträge gegen die ganze Reichsregierung.

Die Anträge werden mit 293 gegen 221 Stimmen bei 13 Enthaltungen abgelehnt. Für die Anträge stimmen mit den Antragstellern selbst die Deutschen Nationalen und die Landvolkspartei, von der sich aber die Abgeordneten Schlange-Schönungen und Bauer an der Abstimmung nicht beteiligen.

Hierauf beantragt Abg. Esser (Ztr.), den deutschen

Mißtrauensantrag gegen den Reichsminister Treviranus

durch Übergang zur Tagesordnung zu erledigen. Von nationalsozialistischer und deutschnationaler Seite wird die Zulässigkeit dieses Antrages bestritten, doch erklärt Präsident Lohde, daß der Geschäftsordnung zufolge genau die Gegenstände festgelegt sind, über die nicht zur Tagesordnung übergegangen werden dürfe; dabei werden Mißtrauensanträge nicht erwähnt. Die wiederum namentliche Abstimmung ergibt, daß der

Übergang zur Tagesordnung von 312 Stimmen bewilligt und von 206 Stimmen mißbilligt wird. Gegen den Antrag stimmen die Nationalsozialisten, Deutschen Nationalen und Kommunisten, während sich die Wirtschaftsparteier wiederum zum größten Teil der Stimme enthalten.

In weiterer namentlicher Abstimmung wird der kommunistische Antrag,

das Gehalt des Reichskanzlers zu streichen, mit 314 gegen 207 Stimmen abgelehnt. Die Abstimmung über die Anträge auf Streichung bzw. Kürzung des Gehalts des Reichsministers ohne Geschäftsbereich, Treviranus, ist auf Antrag des Abg. Fried (Nat.-Soz.) wieder eine namentliche.

Das Gehalt des Reichsministers Treviranus wird mit 317 gegen 206 Stimmen bewilligt. Dann folgt eine weitere namentliche Abstimmung, nämlich die über den kommunistischen Antrag auf Streichung der Dienstaufwandsentschädigung für den Reichskanzler und den Reichsminister ohne Geschäftsbereich; auch dieser Antrag wird mit 315 gegen 206 Stimmen abgelehnt.

Darauf erteilt Präsident Lohde dem Abg. Esser (Ztr.) das Wort zur Geschäftsordnung. Abg. Esser beantragt, um die rechtzeitige Verabschiedung des Haushalts, die ansehnend unmöglich gemacht werden sollte, zu sichern: 1. über die noch vorliegenden Änderungsanträge der Oppositionsparteien zur Tagesordnung überzugehen und 2. über sämtliche Kapitel und Titel des Haushalts, die noch unerledigt sind, in einer Abstimmung gemeinsam abzustimmen.

Das ruft rechts und bei den Kommunisten stürmischen Widerspruch hervor und der Abg. Stöcker erklärt diese Anträge für unmöglich und geschäftsordnungswidrig. Zum mindesten widersprechen sie der bisherigen bei Haushaltsberatungen üblichen Praxis.

Auf nationalsozialistischen Antrag wird wieder namentlich abgestimmt, und zwar zunächst über den Antrag Esser auf Übergang zur Tagesordnung über die sämtlichen Änderungsanträge. Dieser erste Antrag Esser wird mit 301 gegen 218 Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschen Nationalen, Kommunisten und des Landvolks angenommen. Nunmehr beantragt Dr. Everling (Dm.) über den zweiten Antrag Esser auf en-bloc-Akzeptanz des Haushalts zur Tagesordnung überzugehen, weil dieser Antrag Esser nicht ernst gemeint sei und eine

geschäftsordnungswidrige Entrenchung der Minderheit bedeute. Dazu beantragt Abg. Stöcker (Nat.-Soz.) namentliche Abstimmung über den Antrag Everling. Zur Geschäftsordnung erklärt Abg. Esser: Als die Deutschen Nationalen in der Regierung waren, ist auf Anregung von Dr. Everling selbst auch schon entsprechend verfahren worden. Präsident Lohde bezeichnet den Antrag Esser nur als

eine Notwehrmaßnahme,

die nicht gegen die Geschäftsordnung verstoße. Wenn bei den 10 000 Kapiteln und Titeln des Haushalts der Versuch gemacht werde, jedesmal eine namentliche Abstimmung herbeizuführen, so würde

die Erledigung des Haushalts unmöglich gemacht.

Man könne der Mehrheit nicht das Recht nehmen, den Haushalt ordnungsgemäß zu erledigen. Nach erneutem Widerspruch der Abgeordneten Everling und Stöcker erfolgt also zunächst eine wieder namentliche Abstimmung über den Antrag Everling auf Übergang zur Tagesordnung über den zweiten Antrag Esser. Dieser Antrag Everling wird mit 298 gegen 198 Stimmen abgelehnt.

Sodann wird schließlich über den Antrag Esser selbst, den

Haushalt des Reichskanzlers und des Reichsministeriums en bloc anzunehmen, wieder namentlich abgestimmt und der Antrag mit 312 gegen 206 Stimmen angenommen.

Gemäß einer Vereinbarung des Ältestenausschusses schlägt Präsident Lohde Beratung vor. Nach kurzer Debatte und einigen Abstimmungen wird dieser Vorschlag angenommen; auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auch die Anträge über Geschäftsordnungsänderungen, die über Aufhebung der Immunität usw. und im übrigen Fortsetzung der heutigen Tagesordnung erscheinen.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Gegen das Uniformverbot der Nationalsozialisten.

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, die sich mit den verschiedenen im Reich vorgelassenen Verboten von Versammlungen, Organisationen, Uniformen, Abzeichen und Pressezeugnissen der nationalsozialistischen Bewegung befaßt und fragt, was die Reichsregierung zu tun gedenkt, um dieser andauernden offiziellen Vergewaltigung der heute zweifellos stärksten deutschen Volksbewegung, des Nationalsozialismus, endlich einen Riegel vorzulegen.

„Verwendungszwänge“ zurückgestellt.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages wurden Anträge verschiedener Parteien betreffend den Verwendungszwang für landwirtschaftliche Erzeugnisse inländischer Herkunft, wie Gerste, Malz, Hopfen, tierische Fette usw., zurückgestellt, bis der Reichswirtschaftsrat zu diesen Fragen Stellung genommen hätte. Ein deutschnationaler Gegenseitigkeitsantrag über Regelung des Handelsverkehrs mit Eiern im Inland wurde gleichfalls zurückgestellt.

Aus In- und Ausland

Dresden. Als Nachfolger des Generalleutnants Schubert ist der Kommandeur des 10. sächsischen Infanterieregiments, Oberst Volke, vom Reichspräsidenten zum Landeskommandanten von Sachsen ernannt worden.

Danzig. Seit Bestehen des Freistaates Danzig hat die Arbeitslosigkeit noch nie einen derartigen katastrophalen Umfang angenommen wie in diesem Winter. Von rund 100 000 einheimischen Arbeitnehmern sind 27 Prozent arbeitslos.

London. Tausende von Menschen hatten sich an den Ufern des Ganges versammelt, um der feierlichen Verbrennung des Hindu-Führers Pandit Motilal Nehru beizuwohnen. Die Leiche war in die Flagge des Kongresses gehüllt und mit Blumen überschüttet.

Zwischen den Kämpfen.

Ein gewisser Abschnitt in dem Kampf, den der Reichskanzler in und mit dem Reichstag führt, ist mit der Abstimmung zur zweiten Lesung des ersten Haushaltskapitels — in dem die Einnahmen und die Ausgaben des Reichskanzlers und des Reichsministeriums festgelegt sind — am Ende der vergangenen Woche erreicht worden. Die Mißtrauensanträge gegen das Gesamtministerium und die gegen einzelne Mitglieder des Kabinetts wurden abgelehnt, der Haushalt selbst unter Ablehnung sämtlicher Änderungsanträge bewilligt. Aber das ist schließlich nur das Äußerliche dieser Vorgänge, zu deren Beginn die große Kanzlerrede gestanden hat. Außerlich ist auch natürlich nur der Erfolg seines in dieser Rede ausgesprochenen Wollens und Mahnens, dem Gesamthaushalt auf parlamentarischem Wege Gesetzeskraft zu verleihen, doch nach wie vor insofern, als hinter dieser Mahnung auch gleichzeitig der Druck der Warnung steht: „Und tut ihr's nicht willig, so brauch' ich Gewalt“, — nämlich die Notverordnung.

Worauf es dem Kanzler aber anzukommen scheint, das ist doch wohl letzten Endes die Schaffung einer einigermaßen sicheren Parlamentarismehrheit, um dann den Weg der Notverordnungen wieder verlassen zu können, den er sicherlich nicht gern beschritten hat. Und eine solche Mehrheit — das ist wohl das eine innere Ergebnis des hinter uns liegenden Tagungsabschnittes des Reichstages — scheint im Entstehen begriffen zu sein. Noch schwankt der rechte Flügel unsicher hinüber und herüber. Aber die Tatsache als solche, daß der Angriff der Opposition mit einer verhältnismäßig auch noch sehr starken zahlenmäßigen Mehrheit abgeschlagen worden ist, ist doch schon ein fester Abmarschpunkt geworden. Die noch Schwankenden müssen in ihre politische Rechnung einstellen, daß auf vorläufig noch nicht abzusehende Zeit — denn auch die Anträge, den Reichstag aufzulösen, sind abgelehnt worden — Dr. Brüning am Steuer des Reichsschiffes stehen bleibt.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Im Reichstage erlangte die Regierung bei den Abstimmungen über verschiedene Anträge der Opposition eine große Mehrheit.

* Der Artist Urban gestand an seinem Hochzeitstag, den Geschäftsführer eines Berliner Kinstheaters erschossen zu haben.

* In Arafau stießen zwei Eisenbahnzüge zusammen. Es gab zahlreiche Tote und Verletzte.

und den bisher verfolgten innenpolitischen Kurs weiterhin beibehält, da ernsthafte, wirklich gefährdende Klippen eigentlich kaum noch für ihn vorhanden sind.

Da also Dr. Brüning Sieger blieb im Kampf mit dem Reichstag, ihn auf den Weg der Haushaltsberatung zwang, war auch sein Sieg in Reichstag selbst zu Gewißheit geworden. Auch die Obstruktion seiner parlamentarischen Gegner konnte dies nur ein paar Stunden aufhalten, nicht aber vereiteln. Selbstverständlich wird sich die Opposition dadurch von weiterem Ansturm nicht abhalten lassen — auch im Parlament nicht, obwohl die erste Etappe den unzweifelhaften Beweis geführt hat, daß den Gegnern des Kabinetts Brüning auf diesem Wege ein Erfolg wohl kaum beschieden sein kann, nämlich der, die Regierung zu stürzen. Und dies ist das zweite innere Ergebnis des ersten Abschnitts. Selbst ein Zufallserfolg der Opposition, der darin bestehen könnte, daß in einer wesentlichen Frage Brünings Mehrheit versagt, irgend-eine wichtige Forderung der Regierung nicht angenommen wird, soll hinsichtlich seiner Wirkung ausgeschaltet werden durch die kommende Änderung der Geschäftsordnung, daß das Kabinett oder eines seiner Mitglieder nur durch ein ausdrückliches Mißtrauensvotum gestürzt werden kann. Denn man könnte eine solche Ablehnung einer wichtigen Regierungsvorlage als ein verschleiertes Mißtrauensvotum, als eine Art Versagung des Vertrauens zur Regierung auffassen, mithin als Notigung zu ihrem Rücktritt. Die Schaffung der Mehrheit führt also auch auf diesem Wege zu einer weiteren Stärkung und Festigung der Position des Kanzlers selbst dagegen, daß es dem Gegner gelingen sollte, einen überraschenden Augenblicksieg zu erringen. Und so kann man den energischen Sturm der Opposition gegen diese Reform durchaus verstehen.

Du sollst nicht „schwarz hören“!

Bedeutender Rückgang im Postverkehr.

Die Deutsche Reichspost veröffentlicht ihren Bericht über das dritte Viertel (Oktober bis Dezember) des Rechnungsjahres 1930. Der Verkehr ist gegenüber dem Vorjahre in fast allen Dienstzweigen zurückgegangen, zum Teil besonders in der Nachnahmebriefverehr, der Postschekverkehr mit dem Ausland und der Kunstverkehr zeigen geringe Steigerungen. In den Monaten Juli bis September 1930 wurden 221 Schwarzhörer rechtskräftig verurteilt.

Das Volksbegehren vorläufig zurückgewiesen.

Severings Antwort an den Stahlhelm.

Der preussische Innenminister Severing hat dem Stahlhelm mitgeteilt, daß er zurzeit die Vistenauflösung für das Volksbegehren des Stahlhelms auf Auflösung des Preussischen Landtages nicht anordnen könne. In der Begründung heißt es, daß keineswegs feststehe, daß die Teilnehmer an der Koblenzer Tagung tatsächlich einem auf Landtagsauflösung gerichteten Volksbegehren ihre Zustimmung geben wollten. Gemäß Paragraph 5 der Landesabstimmungsordnung vom 23. Januar 1926 setzt der preussische Innenminister zur Verbringung einer weiteren und ausreichenden Glaubhaftmachung der Unterstützung des Antrages durch die Mitglieder des Stahlhelms eine Frist von zwei Monaten mit der in der Landesabstimmungsordnung vorgeschriebenen Androhung, daß nach deren erfolglosem Ablauf die Ablehnung des Antrages erfolgen wird.

Falls der Stahlhelm nicht in der Lage sei, eine den gesetzlichen Vorschriften entsprechende Glaubhaftmachung für den Antrag seines Vorstandes beizubringen, müsse es ihm überlassen bleiben, einen neuen, von 20.000 Stimmberechtigten unterschriebenen Antrag nach Paragraph 2 Abs. 1 des Gesetzes in der in den Paragraphen 1 bis 3 der Landesabstimmungsordnung vorgesehenen Form vorzulegen.

Antwort des Stahlhelms.

Auf die Erklärung des preussischen Innenministeriums erläßt das Bundesamt des Stahlhelms eine Mitteilung, in der es heißt:

Der Stahlhelm hat bereits bei Anmeldung des Volksbegehrens befohlen, daß in den beiden Landesverbänden Berlin und Brandenburg die nur 20.000 Unterschriften gesammelt werden, die auch einer ungläubigen Regierung gegenüber gesetzmäßig in jedem Falle genügen. Die dafür nach Vorchrift gedruckten Listen werden vom heutigen Sonntag ab bereits bei den Ortsgruppen ausgefüllt. Nicht erst in zwei Monaten, sondern in wenigen Tagen wird auch dieser formelle Vorwand des Herrn Severing hinfällig sein. Eine Verzögerung im Arbeitsplan entsteht dadurch nicht, weil mit der Absicht des Ministers Severing zur Verschleppung des Volkswillens nach seinen eigenen vorherigen Ankündigungen bereits gerechnet war.

Die Front, die dem Willen des Preußenvolkes verfassungsmäßig Geltung schaffen wird, wächst von Tag zu Tag. Der Widerstand des Herrn Severing kann sie nur verstärken.

Im Guten oder Bösen! Der Landtag ist aufzulösen! Front Heil!

Die Deutsche Volkspartei läßt mitteilen, daß sie das Volksbegehren unterstützen wird. Der nationalsozialistische Abg. Aube erklärte, daß seine Partei sich das Gesetz des Handelns nicht vorschreiben lasse. Der Zeitpunkt für den Vorstoß in Preußen werde nicht vom Stahlhelm, sondern von Hitler bestimmt.

Die Überlastung der Finanzämter.

Die Finanzbeamten haben nicht die nötige Zeit. Der Haushaltsausschuß des Reichstages begann die Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums. Der Berichterstatter Linder (Nat.-Soz.) erklärte, im vergangenen Jahre habe infolge

der außerordentlichen Belastung der Finanzämter nur Ramscharbeit geleistet werden können, die allerdings letztlich wesentlich mehr in Ordnung gekommen sei; doch sei die Überlastung noch nicht auf das normale Maß zurückgegangen. Der Berichterstatter bemängelte auch, daß die Finanzbeamten

nicht die nötige Zeit hätten,

um auch die großen Veranlagungen mit der erforderlichen Gründlichkeit zu überprüfen. Die Pauschalveranlagung der kleineren Vertriebe werde zu rigoros durchgeführt. Nach kurzer Aussprache mußten die Verhandlungen wegen des Beginns der Reichstagsitzung abgebrochen und auf Montag verlagert werden.

Das deutsche Handwerk lebt!

Endlich eine Reichshandwerkswoche.

Endlich eine machtvolle Kundgebung des gesamten deutschen Handwerks, die durch ihre Geschlossenheit und Einheit die Aufmerksamkeit aller Bevölkerungskreise auf sich ziehen und ihnen die umfassende Bedeutung des handwerklichen Gewerbes in allen seinen Zweigen eindringlich vor Augen führen soll.

Schon lange ist in den Kreisen der Handwerkserschaft der Wunsch rege geworden, es möge einmal wirklich für das Handwerk in seiner Gesamtheit „etwas getan“ werden. Geschieht das und machen alle mit, so wird das ganze deutsche Volk aufstehen, was ihm sein Handwerk sagen will.

Der Ausschuß zur Unternehmung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft berechnet den

Gesamtumsatz des deutschen Handwerks

für das Jahr 1928/29 mit 20,6 Milliarden Mark oder 14 bis 16 Prozent des volkswirtschaftlichen Gesamtumsatzes. Über 1,3 Millionen selbständige Handwerksbetriebe geben rund acht Millionen Menschen Arbeit und Brot.

Mehr als hundert Handwerksarten

haben noch heute für das Schaffen wichtiger Werte Geltung. Solche den meisten völlig unbekannten Zahlen zeigen in eindrucksvoller Sprache, wie tief im Volksganzen das Handwerk verankert und daß es unbedingt notwendig ist, sein Dasein als eine unserer Lebensquellen frisch und fräftig zu erhalten, eine feste Brücke zwischen dem Volk und seinem Handwerk zu schlagen und die engen Beziehungen zwischen beiden für die Dauer wiederherzustellen.

Angestrebt und erreicht werden muß und kann es, daß diese Notwendigkeiten jedem Deutschen aufs lebendigste bewußt werden. Dazu soll die Reichshandwerkswoche verhelfen. Dem Volk in Stadt und Land soll durch

einiges, kluges und machtvollcs Vorgehen

aller Handwerkszweige im Verein mit ihren helfenden Organen, beteiligten Behörden, befreundeten Körperschaften und Stellen eindrucksvoll vor Augen geführt werden: Das deutsche Handwerk lebt!

Es braucht aber auch des ganzen Volkes Achtung und Wertschätzung. Und diese muß sich durch die Tat ausdrücken. Damit aber die Verpfichtung für das Handwerk dem Volke bewußt werde und auch der Nutzen, den die Allgemeinheit vom Wohlergehen eines gesunden Handwerks hat, führt das Handwerk ihm einmal die von ihm erarbeiteten Werte und seine untöschbaren Verknüpfungen mit dem Volksganzen eindringlich vor.

Die Erkenntnis dieser Notwendigkeit hat die Spitzenverbände des deutschen Handwerks zu dem Beschluß der ersten Reichshandwerkswoche geführt, die in der Zeit

vom 15. bis zum 22. März 1931 in allen deutschen Gauen,

in Stadt und Land, stattfindend wird. Durch Wort, Schrift und Bild, Vorträge und besondere Veranstaltungen sollen die Gedanken:

„Handwerk tut not! — Fördert das Handwerk!“

in alle Schichten des deutschen Volkes getragen werden. Die Behörden des Reiches und der Länder, Presse, Verbände und Schulen sind bereit, dem Unternehmen weitgehende Förderung zuteil werden zu lassen. Die Handwerks- und Gewerbevereine, die Reichsverbände des deutschen Handwerks, die Landesfachverbände, die Innungsauslässe, die Innungen, die Handwerkerverbände, die Gewerbevereine, die dem Handwerk nahestehenden Genossenschaften, die berufständische Presse und die sonstigen handwerklichen Organisationen haben sich in den Dienst der großen Veranstaltung gestellt. Bei einmütigem Vorgehen aller kann der Erfolg nicht ausbleiben!

Das mißliebige „Braunhemd“.

Ein Zwischenfall im Thüringischen Landtag.

Der Thüringische Landtag behandelte einen sozialdemokratischen Antrag, der die Landesregierung ersucht, das von Staatsminister Dr. Fried ausgeprochene Verbot des Buches „Im Westen nichts Neues“ aufzuheben.

Während der Aussprache erschien der nationalsozialistische Abgeordnete Hennide im Braunhemd und mit dem G. K. 1. Der sozialdemokratische Vizepräsident Leber wies ihn daraufhin aus dem Sitzungssaal.

Zum Zeichen des Protestes verließ die nationalsozialistische Landtagsfraktion die Sitzung und forderte Einberufung des Ältestenrates, der am Dienstag zusammentreten wird, um die Frage zu klären, ob die Abgeordneten an den Landtagsitzungen in Uniform teilnehmen können. Wie von nationalsozialistischer Seite verlautet, will man nicht eher wieder an den Sitzungen teilnehmen, als bis ein neuer, nichtsozialistischer Vizepräsident gewählt worden ist.

Politischer Terror auf offener Straße.

In Frankfurt a. M. kontrollierten Mitglieder des Kampfbundes gegen den Faschismus in der Nacht Passanten auf das Tragen politischer Abzeichen. Sie gerieten dabei auf Nationalsozialisten, die von einer Versammlung heimkehrten. Im Verlauf eines Wortwechsels fielen sie über einen Nationalsozialisten her und verletzten ihn durch Schläge. Ferner erhielt der Nationalsozialist einen Schuß, der ihm den Rücken durchbohrte. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Tittoni †.

Im Alter von 82 Jahren.

Der frühere italienische Außenminister und Senatspräsident, Senator Tomaso Tittoni, ist heute im Alter von 82 Jahren an den Folgen einer Grippe gestorben.

Tittoni war in den Jahren 1903—1909 mit Unterbrechungen Außenminister Italiens, und hat damals gleichzeitig die Erhaltung des Dreibundes und die Annäherung Italiens an Frankreich gefördert. Nach seinem Rücktritt ging Tittoni als Botschafter nach Paris, wo er die Politik der italienisch-französischen Annäherung mit großem Erfolg fortsetzte. Der Eintritt Italiens in den Weltkrieg an der Seite der Entente ist zu einem Teile sein Werk.

Nur nach dem Weltkrieg gelangte Tittoni noch einmal an die Spitze des Außenministeriums, trat aber bald wieder zurück, weil er Differenzen mit dem Ministerpräsidenten Ritti über die Politik gegenüber Amerika hatte. Sein Nachfolger wurde Scialoja.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 9. Februar 1931.

Die schwarzen und die heiteren Lese.

Die schwarzen Lese sind die Rieten, denn selbstverständlich ist hier von Lotterie die Rede. Von der Preußisch-Süddeutschen nämlich, an der immerhin nicht bloß Preußen und nicht bloß Süddeutsche ein Interesse haben. Lotterie kennt jetzt keine Landesgrenzen mehr, und um das Große Los zu gewinnen, braucht man keinen Personalausweis und keinen Paß. Um

das Große Los geht es natürlich hauptsächlich, um das ganz große. Diesmal nämlich — und das ist das Charakteristische der jetzt beginnenden Losziehung — sind die fabelhaften Gewinne im Spiele, Gewinne, die man kaum auszuweisen wagt, die man aber trotzdem gern haben möchte. Was würden Sie tun, wenn Sie das Große Los gewonnen? An wen ist in Ziehungsagen diese eminente Frage noch nicht gerichtet worden! Und wenn man dann schüchtern und beschämt antwortet muß: „Aber ich spiele ja gar nicht!“, wird man sozusagen als Staatsbürger zweiter Klasse angesehen. Schon aus diesem Grunde machen wir alle mit. Und so werden wir denn alle jetzt wieder fünf Wochen lang in schöner Hoffnung leben können — wenigstens das wird man doch davon haben können! Jeden Tag, fünf Wochen lang, wird man in die Ziehungslisten blicken, und jeden Tag, fünf Wochen lang, wird man sich und den andern sagen: „Wieder nichts!“ Denn das ist das zweite Charakteristische dieser Losziehung: es will einfach jeder das Große Los gewinnen, und wenn man „Wieder nichts!“ sagt, meint man natürlich nur: „Wieder nicht das Große Los!“ Ist es dann aber heraus — es hat es natürlich bestimmt ein anderer gewonnen — so konzentriert man sofort die Aufmerksamkeit auf die auch ganz nette Prämie, und da hat man wenigstens die Genugung, daß man bis zum letzten Ziehungs- tage „konzentrieren“ kann. Ja, wenn die Hoffnung nicht war! Und ist es diesmal nicht, so wird es eben ein andermal sein. Aber wenn es nach uns geht, soll es schon diesmal sein: wir wünschen schließlich allen das Große Los oder eben einfach die Prämie, was schließlich auch auf 500.000 Mark herauskommt!

Die Sommerreise.

Es ist immerhin Winter, nicht allzu wild, eher sogar ein bißchen mild, aber Winter trotz alledem. Und eigentlich weiß man noch nicht recht, wann das zu Ende sein kann. Wir stehen erst in den Anfängen des Februars, und Öftern ist noch nicht ganz in Sicht. Ist das nun die passende Zeit und Gelegenheit, eine Unterhaltung über die Sommerreise anzufangen? Es will uns dünken, als ob wir „nein“ sagen müßten, aber wir sagen trotzdem „ja“. Die Unterhaltung hat nämlich auch ohne unser Zutun bereits begonnen, und zwar in ganz offizieller Weise, wie wir sagen möchten. Verkehrsvereinigungen geben für Land und Wasser ihre Sommerfahrpläne bekannt, und es wird da ganz ruhig und sicher, als wenn es sich um morgen handelt, von „Großen Ferien“ gesprochen. Wenn aber erst von Großen Ferien gesprochen wird, so kann man sich mit einiger Phantasie sofort mitten hinein versetzt fühlen. Zumal da für viele, leider zu viele, die Sommerreise ja doch nur ein Gebilde der Phantasie bleibt: man denkt sie sich im Winter aus, um sie dann im Sommer — nicht machen zu können. Aber einige gibt es ja, die es können, und sie können immerhin schon mit dem Pläneschmieden anfangen und alles, was sie sehen und erleben möchten, sich wunderbar ausmalen. Aber das Wie und Wann und Wohin der Fahrt kann ja dann später gesprochen werden. Jeder muß das mit sich ausmachen und man sollte seinem einen Willen geben, ob See, ob Berg, ob Tal, ob Heilbad. Da sind die Geschmäcker genau so verschieden wie die Menschen selbst, und jeder hat seine besondere Idee. Eines aber sollte unter allen Umständen und für alle als Richtlinie gelten: Die Heimat bevorzugen, wo es irgend angeht. Die deutsche Heimat leidet Not, und wer es sich leisten kann, auf Reisen zu gehen, findet in deutschen Landen so viel Schönes, daß er es wirklich nicht nötig hat, in die Auslandsferien zu scheitern. Soviel über Sommerreisen, soweit man sie schon im Februar überlegen kann. Aber eigentlich braucht man sich jetzt wirklich noch nicht den Kopf darüber zu zerbrechen!

* Die Reichsbahndirektion Wuppertal im Januar 1931. Im Güterverkehr zeigte der Monat Januar, wie alljährlich, nach Abwicklung des Weihnachtsgeschäftes und infolge der Geschäfts- und Warenbestandsaufnahmen in der ersten Monatshälfte eine Abwärtsbewegung. Die geringe Besserung in der zweiten Monatshälfte konnte dem Ausfall in den ersten Wochen nicht ausgleichen. Auf einen Arbeitstag bezogen wurden gegenüber dem Vormonat 13,8 Prozent weniger Frachtbriele abgefertigt. Die Zahl der behandelten Stückguttonnen fiel gegenüber dem Vormonat um 16,5 Prozent. Die Gewichte der Sendungen haben sich im Durchschnitt verringert. Bemerkenswert ist wiederum der im Ladungs- und Stückgutverkehr etwa 27% betragende Rückgang gegenüber dem gleichen Vormonat des Vorjahres. Die angeforderten Wagen konnten alle ohne Schwierigkeiten gestellt werden. — Der Personenverkehr ist ebenfalls weiter zurückgegangen. Gegenüber dem Vormonat wurden 9,2% und gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres 17,8 weniger Fahrkarten ausgegeben. Der Grund für den Rückgang liegt, abgesehen von der im Monat Januar alljährlich eintretenden Geschäftsstille, in der weiteren Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage und in den schlechten Witterungsverhältnissen, die den Wochenends-, Ausflugs- und zum Teil auch den Sportverkehr ungünstig beeinflussten. Die Zahl der abgefertigten Gepäcks- und Expressgutsendungen fiel gegenüber dem Vormonat um 21,9%. Der Rückgang ist auf das Nachlassen des Expressgutverkehrs nach Abwicklung des Weihnachtsgeschäftes zurückzuführen.

* Westfälische Verwaltungsakademie. An der Westfälischen Verwaltungsakademie zu Münster i. W. wird mit dem S. S. 1931 ein neuer allgemeiner systematischer Sechsemesterlehrgang beginnen. Außerdem sind besondere kommunalwissenschaftliche und sozialwissenschaftliche Fachvorlesungen in Aussicht genommen, so daß die Möglichkeit besteht, auch in Münster das Kommunal- bzw. das Sozialdiplom zu erwerben. Nähere Einzelheiten erteilt die Zentralgeschäftsstelle der Westfälischen Verwaltungsakademie zu Münster i. W., Johannisstraße 9, Fernruf 26286 Auskunft.

* Die Unleserlichkeit gar mancher ärztlicher Handschrift ist bekannt. Öftmals wirkt es wie ein Wunder, wenn der Apotheker Rezepte, die sonst kein Sterblicher entziffern kann, anfertigt. Die polnische Regierung hat jetzt als erste europäische Instanz eine Verfügung herausgegeben, nach der in Zukunft die Rezepte von den Ärzten so deutlich geschrieben werden müssen, daß sie ohne besondere Spezialkenntnisse lesbar sind. Die Apotheker sind angewiesen, schwer zu entziffernde Rezepte zurückzuweisen.

* Stadttheater Hagen. Wochenplan vom 9.—15. Februar 1931. Montag, 9. Febr., 20 Uhr, Ende 22,15 Uhr, „Zergarten der Liebe“. Dienstag, 10. Febr., 20 Uhr, Ende etwa 22,15 Uhr „Die Frau, die jeder sucht“. Mittwoch, den 11. Februar, 20 Uhr, Ende etwa 23 Uhr, in neuer Einstudierung „Hamlet“. Donnerstag, 12. Februar, 20 Uhr, Ende etwa 22,15 Uhr: Geschlossene Vorstellung. Freitag, 13. Februar, 20 Uhr, Ende etwa 23 Uhr, Vorstellung f. d. Kreistiegrerverband, „Die Nase von Stambul“. Samstag, 14. Februar, 19,30 Uhr, Ende etwa 22,45 Uhr, „Gräfin Mariza“. Sonntag, 15. Februar 14,30 Uhr, Ende etwa 17,15 Uhr, zum letzten Mal „Peterchens Mondfahrt“. 19,30 Uhr, Ende etwa 22,45 Uhr, „Viktoria und ihr Husar“.

* 100. Geburtstag Friedrich von Bodelschwinghs. Am 6. März 1931 jährt sich zum 100. Male der Geburtstag Friedrich von Bodelschwinghs. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst auf Grund eines Rundlasses des Unterrichtsministers an die Regierungen mitteilt, hält der Minister es für selbstverständlich, daß an

AM HÖRER DER ZEIT.

Politische Zwischenspiele.

In der kleinen Landstadt Menemen nördlich von Smyrna ist der furchtbare Abschluß eines Derwisch-aufstandes erfolgt, der damit begann, daß am Tage vor Weihnachten sechs religiöse Fanatiker einen türkischen Offizier auf einem Stein bei lebendigem Leibe abschlugen. Das Ende waren 27 Galgen, an denen die Mädel-führer mit weißen Büßerhemden bekleidet aufgehängt wurden, während das Haupt der Verschwörung, ein neunzigjähriger Greis, bei der Verkündung des Todesurteils einem Schlaganfall erlag. Die Ursache dieses von Anfang an zur Erfolglosigkeit verurteilten Aufstandes war durch religiöse Art, war ein durch die Einführung der vielen Neuerungen in der Türkei bis zur Siedehitze gesteigerter Fanatismus, der die Kemalisten vertreiben, den Sultansthron wiederherstellen, in Berlin und Paris die grüne Fahne des Propheten aufpflanzen und nach einem Kreuzzug gegen China den Islam zur alleinigen Weltreligion machen wollte. So wahnhaftig dieser ganze Plan ist, so ist er doch ein Zeichen, mit welcher elementaren Gewalt sich unterdrückte religiöse Gefühle plötzlich Luft schaffen können. Ein absurdes Beispiel hier in einer Umgebung des finsternen Aberglaubens, aber doch die Karikatur eines bitter ernst gemeinten und empfundenen Kampfes um heiligste Güter des Glaubens und des Volkstums, die von „modernen“ Neuerern mißachtet und als Bagatelle vielleicht übersehen wurde. An Galgen kann man solche Bewegung nicht totmachen, und die 27 Galgenmänner in ihren weißen Sünderhemden werden zu Märtyrern werden.

Hat die türkische Regierung den religiösen Faktor im Volk anscheinend zu gering eingeschätzt, einem gefährlichen Zuge der Zeit folgend, so weiß die Sowjetregierung anscheinend sehr gut, welch gewaltiges Bollwerk gegen ihre zerstörenden Weltpläne Glaube und Kirche sein können. Sie sucht jetzt durch die von ihr ins Werk gesetzte Arbeit der „Internationalen der Gottlosen“ die Aktion gegen die religiösen Kulte nach Europa vorzutreiben, um dadurch gewissermaßen den Boden aufzulockern für die Einnahme ihrer sogenannten „Weltanschauung“. Es ist auch hier, wie bei den Sowjets üblich, die Auffstellung eines „Fünfjahresplanes“ beabsichtigt, und zwar für die Zeit von 1931 bis 1936. Das Ziel ist eine Masse von 20 bis 25 Millionen europäischer Arbeiter, die einen Kampffaktor gegen die Kirchen darstellen sollen. Der Einfluß des Pfarrers und des Priesters soll vor allen Dingen untergraben, aber auch die „Verlogenheit der kirchlichen Wohltätigkeit“ in Gestalt von Krankenhäusern, Kirchen und Gebethshäusern soll „entlarvt“ werden. Man rechnet darauf, daß das Jahr 1931 im Zeichen des weiteren Anschwellens der Arbeitslosigkeit der antireligiösen Propaganda eine besonders reiche Ernte bringen wird. In Deutschland hat die Bewegung sich bekanntlich schon so bedenklich bemerkbar gemacht, daß ein energisches Eingreifen der Regierungen von vielen deutschen Organisationen und Parteien gefordert worden ist.

Gegen Deutschland hat sich der erste Hauptstoß gerichtet, denn Deutschland ist und bleibt nun einmal das Bollwerk, das allein imstande sein kann, dem Andrängen des Sowjetriesen Widerstand zu leisten. Das müßten die Völker Europas zur Wahrung ihrer heiligsten Güter nun endlich einmal einsehen und sich bemühen, ihre deutsche Ostfront nicht unnötig zu schwächen. In innerem Hader zerfleischt sich Europa und will nicht sehen, daß ein mächtiger Rachen drohend sich öffnet, um es mit seinem kleinsten Reiz und Streit zu verschlingen. Es geht hier nicht um Absatzgebiete, um Einfuhr und Ausfuhr, um Zoll- und Zollgrenzen, um Wirtschaftsverträge und Exportversicherungen, sondern um das, was höher ist als alle Vernunft und tiefer als alle Wissenschaft, um die Seele des Volkes und seinen Glauben. Auf dieses Fundament zielt der Angriff der russischen „Gottlosen“, wohl wissend, daß, wenn dieses erschüttert ist, der ganze Aufbau von Kultur und Zivilisation, von Kunst und Wissenschaft, von Staat und Wirtschaft leicht nachstürzt. Wie einst Ungarn die weltgeschichtliche Aufgabe hatte, Europa vor der Invasion der Türken zu schützen, so liegt es Deutschland heute ob, mit seiner Volkheit als bodenständigem Organismus dem Ansturm der völkischen Fremden, künstlich ausgegliederten Organisation der Sowjets Widerstand zu leisten und dadurch Europa vor schwerer Gefahr zu bewahren. Den andern europäischen Staaten aber muß man in ihrer noch immer feindseligen Einstellung uns gegenüber warnend zurufen: „Macht euren deutschen Flügel stark!“ —dt.

Rund um den Reichstag

Menschenhände immer mehr entbehrlich.

Die Ursachen der gegenwärtigen großen Arbeitslosigkeit werden vielfach auch auf die zunehmende Industrialisierung und Mechanisierung der Wirtschaft zurückgeführt. So zeigen einige Beispiele aus der Margarineindustrie, die sich in dem Bericht des Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft finden, wie durch technische und mechanische Verbesserungen Menschenkraft entbehrlich wird. Während in den ersten Anfängen dieses Industriezweiges bei der Herstellung von Margarine die Überführung der Rohmaterialien in die Krone und der fertigen Margarine auf die Galgen durch Menschenhand erfolgte, wird jetzt diese Arbeit durch ein System von Röhren, Pumpen und anderen modernen Einrichtungen wesentlich erleichtert. Unter Zugrundelegung einer Produktion von 1000 Tonnen je Woche waren nach dem alten Verfahren in drei Schichten 90 Mann erforderlich, während nach dem neuen System nur noch 27 notwendig sind. Das Sinecristen der Margarine auf mechanischem Wege in die Milchmaschinen erforderte früher beim Sinecristenlaufen bei drei Schichten 42 Personen, heute nur noch 21. Zur Formung und Verpackung von 800 Tonnen Milchware je Woche waren beim alten Verfahren 360 Personen notwendig, heute wird diese Arbeit durch genial konstruierte Maschinen erledigt und erfordert nur noch 60 Personen.

Unzureichende Mittel zur Verbrecherbekämpfung.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtages wird Ende Februar im Rahmen des Etats des Ministeriums des Innern auch die Polizeifrage wieder eine wesentliche Rolle spielen, nicht nur die Frage der politischen Polizei, sondern auch die der Kriminalpolizei. Auf den letzten Tagungen der Polizeibeamtenverbände ist

Jubiläumsfeier in Münster.

50 Jahre Westfälisch-Lippischer Handwerkerbund.

Brüning, Höpfer-Schöff und von Raumer als Gäste.

Anläßlich seines 50jährigen Bestehens hatte der Westfälisch-Lippische Handwerkerbund zu einer Feier nach Münster eingeladen, an der auch Reichskanzler Brüning, der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Schöff und Reichswirtschaftsminister a. D. von Raumer teilnahmen. Am Sonntagvormittag fand eine Gedektfestfeier statt. Zu der großen öffentlichen Kundgebung am Nachmittag hatten sich auch zahlreiche Teilnehmer aus der Bürgerschaft Münsters und seiner Umgebung eingefunden. Gegen 8000 Personen begrüßten den Reichskanzler bei seinem Erscheinen mit Händeklatschen. Nach einem kurzen Willkommensgruß des Präsidenten der Handwerkskammer Bielefeld sprach zunächst der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Schöff über „Querschnitt durch den öffentlichen Haushalt“. Die Ursachen der Weltwirtschaftskrise seien recht mannigfaltig. Für Deutschland kämen noch weitere Ursachen, wie der verlorene Krieg, verschärfend hinzu. Die Investitionen des Jahres 1927 bedeuteten eine starke Belastung der Industrie. Die fünfviertel Milliarden Zinsen für ausländische Schulden, zusammen mit den Reparationslasten seien eine schwere Bürde für die Zahlungsbilanz. Auch die öffentliche Hand habe mit ausländischen Investitionen gearbeitet, die über die Kraft der deutschen Wirtschaft hinausgingen. Aufgabe der heutigen Politik sei es, aus der Erkenntnis dieser Tatsachen die Lehren zu ziehen. Der Redner gab dann einen Überblick über die Lage der Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden. Die Lage sei nicht hoffnungslos, wenn wir an unsere eigene Kraft glauben und alles täten, um Ordnung zu schaffen. Dazu seien zwei Dinge nötig: starkes Verantwortungsbewußtsein der parlamentarischen Körperschaften und starke Führung. Die Vorgänge im Reichstag am Sonntagabend hätten gezeigt, daß das Verantwortungsbewußtsein wachse.

Als nächster Redner sprach Reichswirtschaftsminister a. D. von Raumer über „Probleme der heutigen Wirtschaft“. Er führte u. a. aus: Eine Handelspolitik, die die Märkte für unsere Fertigwaren verschloße, würde den Zusammenbruch zahlreicher industrieller Unternehmen und unübersehbare Arbeitslosigkeit bedeuten. Ausführlich blieben wir aber nur, wenn es gelinge, im Preise konkurrenzfähig zu bleiben. Bisher sei es gelungen, den Auslandsmarkt zu erhalten, aber es sei kein Geheimnis, daß dies nur unter erheblichen Opfern möglich gewesen sei. Die deutsche Krise, die vor der Weltkrise herabgebrochen sei, habe ihren Grund in der vollkommenen Zerstörung der Rentabilität. Die dadurch bedingte Arbeitslosigkeit könne nur behoben werden, wenn die Wirtschaft wieder rentabel gemacht werde. Man habe eine bewußte Politik gegen den Unternehmer geführt. In viele Tausende von Unternehmern müsse der Glaube an die Möglichkeit

erfolgreicher Arbeit wieder erwecken. Diesen Glauben durch Reformen wieder zu erwecken, sei Aufgabe der Regierung.

Darauf sprach Drehschloßmeister Feuerbaum, Mitglied des Reichstages, über „Das Handwerk zur Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik“. Der Redner erklärte u. a., daß in den weitesten Kreisen des Handwerks die Meinung vorherrsche, daß das System der parlamentarischen Demokratie nicht wegen seiner Wesensart, sondern wegen der in den letzten 12 Jahren geübten Handhabung kaum geeignet sei, die deutsche Wirtschaft wieder aufwärts zu führen. Das Handwerk fordere deshalb für die künftige Wirtschaftspolitik die Abkehr vom Staatssozialismus und wieder Raum für die freie Wirtschaft.

Als letzter Redner führte Reichskanzler Dr. Brüning etwa folgendes aus: Manche seien der Ueberzeugung, daß das, was die Reichsregierung bisher getan und was sie als nächste Maßnahmen angedeutet habe, bei weitem nicht genüge und nicht das Tempo aufweise, das der großen Not entspreche. Die Kritik sei berechtigt. Jedoch müsse berücksichtigt werden, daß die Umkehr in einem Augenblick beginne, in dem die finanziellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten am ungeeignetsten seien. Gerade die höchste Not peitsche am stärksten an, außergewöhnliche Reformen durchzuführen. Von dem Sturz den Berg hinunter sei das Volk nicht allein durch gesetzgeberische Maßnahmen zu retten. Notwendig sei der Glaube an sich selbst, das Vertrauen zu einer Regierung, die in so entscheidenden Augenblicken keinem Lande Angenehmes sage, oder Versprechungen mache, die nicht zu halten wären. Das deutsche Volk stehe heute an der Umkehr. Soweit habe es endlich gebracht werden können. Daraus folgten die weiteren Konsequenzen: in Politik, Wirtschaft und Finanzen müsse zurückgekehrt werden zu den Dingen, die der gesunde Menschenverstand befähige. Nichts sei gefährlicher als planlos Geheze zu machen. Sparamkeit müsse in allen Punkten herrschen. Was die Reparationslasten angehe, so werde niemand ernsthaft daran glauben, daß sie dauernd zu erfüllen seien. Andererseits seien sie nicht der einzige Grund zu der heutigen wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Lage. Unter allen Umständen müsse eine Vereinfachung des gesamten Finanz- und Steuerwesens herbeigeführt und der Weg der Notverordnung fortgesetzt werden. Wenn der Reichstag seine Haushaltsberatungen mit der landwirtschaftlichen Hilfe, der Osthilfe und ein paar anderen Maßnahmen erledigt habe, wäre es wirklich wünschenswert, wenn er nach dieser großen Arbeit ein paar Monate Pause einschalten wollte. Damit würde er den Weg der Sicherstellung seiner Autorität, den er bereits durch die freiwillige Reform der Geschäftsordnung gegangen sei, auch weiter beschreiten und die Regierung hätte Zeit, die schwierigen Fragen der Reform der Sozialversicherung und der Wohnungswirtschaft in Ruhe zu erledigen.

mehrfach Klage geführt worden über die unzureichende Bezahlung der Beamten, aber auch darüber, daß die Kriminalbeamten bei der Verfolgung von Verbrechern oft dadurch verhindert würden, daß ihnen nicht ausreichend Geld zur Verfügung stünde, um die Verfolgung mit der notwendigen Schnelligkeit durchführen zu können. Man erinnere sich, daß vor einigen Jahren die Nachricht durch die Presse ging, daß selbst der Leiter der Berliner Kriminalpolizei sich seines Kraftwagens nicht bedienen konnte, weil der ihm zugewiesene Betriebsstoff aufgebraucht war. Wenn die Verhältnisse heute auch nicht mehr so trüb liegen, so hört man doch immer wieder, daß die Beamten nicht wagen, bei der Verfolgung einen Kraftwagen zu benutzen, weil sie nicht wissen, ob und wann sie ihre Ausgaben ersetzt erhalten. In einer Besprechung mit der Berliner Presse stellte Polizeipräsident Grzesinski sich auf den Standpunkt, daß die Heranbildung eines guten Nachwuchses bei der Kriminalpolizei tatsächlich unter der verhältnismäßig schlechten Bezahlung leide. Auch die Klagen der Beamten über unzureichende Bewegungsgelder vermochte er nicht zu widerlegen. Die Staatsanwaltschaften und hier zu äußerster Sparamkeit und schließlich komme die Oberrechnungskammer und prüfe die Auslagenrechnungen der Beamten aufs schärfste. Der Leiter der Berliner Kriminalpolizei, Regierungsdirektor Scholz, gab gleichfalls zu, daß bei einer großen Zahl von Beamten Unzufriedenheit darüber bestehe, daß sie nicht genügend Mittel für Fahrten und Wege zur Verfügung hätten. Das Ministerium stehe dem Standpunkt, daß die Beamten die notwendigen Auslagen zunächst aus ihrer Dienstaufwandsentschädigung bestreiten könnten; es seien aber nunmehr Verhandlungen mit dem Ministerium des Innern eingeleitet worden, um den Beamten in Zukunft entsprechende Zuschüsse zur Verfügung stellen zu können.

Kleinbahnen in Not.

200 000 Mark zur Unterstützung beantragt.

Dem am 23. Februar zusammentretenden hannoverschen Provinziallandtag werden zwei Vorlagen des Provinzialausschusses zugehen, die ein Bild von dem schweren Existenzkampf der Kleinbahnen geben. Während für das Rechnungsjahr 1929 noch verhältnismäßig günstige Abschlußzahlen mitgeteilt wurden, zeigten sich im Jahre 1930 schon die bedrohlichen Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftskrise. Aus den vom Landeskleinbahnamt gegebenen Begründungen zu den Vorlagen ergibt sich folgendes:

Die Kleinbahnen haben auch im Betriebsjahre 1929 stark um ihre Existenz ringen müssen. In Maßnahmen zur Hebung des Verkehrs hat es nicht gefehlt. Teils wurden erhebliche Erweiterungen und Verbesserungen für den Güterverkehr an den Bahnhöfenanlagen ausgeführt; im Personen-, Gepäck- und Expressgutverkehr wurden direkte Tarife mit den Reichsbahnstationen eingeführt bzw. vorhandene erweitert, die bestehenden Fahrpläne wurden, soweit möglich, noch ausgebaut. Zum anderen Teil haben einzelne Bahnen eine teilweise Umstellung des Schienenverkehrs in Kraftverkehr vorgenommen und damit besriedigende Ergebnisse erzielt. Trotz aller verkehrsfördernden Maßnahmen sind die Kleinbahnen weiter

dem starken Druck des Kraftwagenwettbewerbs ausgesetzt

gewesen. Namentlich litt der Personenverkehr zunehmend unter der Abwanderung auf den privaten Kraftwagen, da dieser eine größere Reisegeschwindigkeit und Bequemlichkeit bietet. Auch öffentliche Kraftwagenunternehmen haben den Kleinbahnen Abbruch getan. Einige schwächere Bahnen in der Provinz sind sogar in ihrem Bestand bedroht. Der Schaden ist für die Kleinbahnen ein doppelter insofern, als ihnen neben dem Ausfall im Personenverkehr auch die regelmäßigen Einnahmen für die bisherige Postgutbeförderung verloren gehen. Im Jahre 1930 sind

Die Verkehrseinnahmen der Kleinbahnen hinter denen des Vorjahres in nie da htem Maße zurückgeblieben.

Die Ausgaben dagegen haben sich nur wenig ermäßigen lassen. Infolgedessen haben die schwächeren Bahnen, die schon in normalen Zeiten nur die Aufkosten deckten, jetzt die größte Mühe, die Kosten des Betriebes aus den aufkommenden Einnahmen zu decken; zu Rücklagen für Erneuerungen und für Abschreibungen der Bahnanlage bleibt nichts übrig.

Mehrere in verzweifelter Lage befindliche Kleinbahnen haben Anträge auf Bewilligung von Beihilfen für Instandhaltungskosten während der nächsten Jahre beim Landesdirektorium und der Staatsregierung gestellt.

Der Provinzialausschuß hat beschlossen, dem Provinziallandtag einen Antrag auf Bereitstellung von Anleihe-mitteln im Betrage von 200 000 Reichsmark zu unterbreiten, die in Form von Beteiligungen oder als Darlehen zur Unterstützung notleidender Kleinbahnen, an denen die Provinz beteiligt ist, dienen sollen.

Die Pflicht der Liebe.

Eine Rede des Apostolischen Nuntius.

Auf einer Feier der Berliner Katholischen Aktion anläßlich der neunten Wiederkehr des Krönungstages des Papstes hielt der päpstliche Nuntius eine Rede. Er betonte, daß jedem die Pflicht der Liebe obliegt, besonders jetzt, wo die Arbeitslosigkeit über die Schwelle fast jeden Hauses schreitet. In der schweren Stunde, die alle Nationen gegenwärtig durchleben, müssen wir es als eine persönliche Ehrensache empfinden, daß wir uns in diesem edlen Wettstreit der Liebe in die vordersten Reihen stellen. Selbst wenn wir den Leidenden keine materielle Gabe zu geben hätten, bleibt immer noch die Liebe, ein gutes Wort, eine brüderliche Teilnahme.

„Liebe gegen alle und von allen!“

Lassen wir dieses Wort in unsere Taten überfließen! Dann wird den Armen in materieller und sozialer Not geholfen werden; die Reichen werden verstehen, daß sie irdische Güter im Überfluß besitzen, um als Werkzeuge der göttlichen Vorsehung den Armen zu helfen; das Vaterland wird seinen Anteil am Segen der Caritas haben, denn eine Liebe, die auch die schlimmsten wirtschaftlichen Krisen zu überleben weiß, wird als Zeichen geistiger Blüte der Nation und sicheres Unterpfand seines neuen Aufstiegs gelten. Es wird auch die ganze Welt an diesem Segen Anteil haben, denn nur ein universeller tiefempfundener Sinn für Gerechtigkeit und Liebe vermag alle Gegensätze zu versöhnen, die immer noch den Frieden der Völker bedrohen.

Salver

— & Die von dem hiesigen landwirtschaftlichen Verein auf Freitag nachmittag im Gasthose zur Post anberaumte Versammlung war recht zahlreich besucht und wurde von dem Vorsitzenden Wilhelm Bremicker zu Schöneberger gegen 4 1/4 Uhr eröffnet. Da der Referent für den ersten Punkt: „Ablösung von landwirtschaftlichen Hypotheken durch Bausparkassen“ noch nicht erschienen war, so ging man zu dem dritten Punkte „Bestellung von Silozuder über, wozu Gustav Adolf Enneper zu Engstfeld über Preis usw. einige erläuternde Bemerkungen machte, worauf die Bestellungen entgegengenommen wurden. Nun erhielt der Stadtbankdirektor a. D. Heinrich Schaumann das Wort zu dem oben genannten Vortrage. Er führte aus, daß kein Stand in den letzten Zeiten so gelitten habe, wie der des Landwirts, überall dauernde Wirrungen, dauernde Spannungen. Wenn auch vor dem Kriege die Landwirtschaft nicht gerade glänzend dastand, so habe der Krieg die Verhältnisse verschlechtert. Die Nachwehen des Krieges seien aber in wirtschaftlicher Beziehung viel entsetzlicher gewesen. Die dann folgende Inflation bezeichnete er als das größte Verbrechen an dem deutschen Volke, um so schrecklicher, als sie zum Teil künstlich herborgerufen sei und zwar durch solche, die sich dadurch mühelos bereichern wollten und solches auch taten. Das damalige Programm der Regierung bilde ein trauriges Kapitel in der Volkswirtschaft. Als Ende 1923 die Stabilisierung der Mark ¹⁹²⁴ atmete alles erleichtert auf. Seit 1924 habe dann die Deflation eingekehrt, die ebenso zerstörend gewirkt habe wie die Inflation. Nicht durch hohe Lasten, Steuern, Reparationszahlungen usw. sei Deutschland unwirtschaftliches Trümmerfeld geworden, sondern durch die übermäßig hohen Zinsen. 3—5 Milliarden Zinsen über den normalen Satz seien seit 1924 jährlich gezahlt. Für den staatserbaltenden Stand die Landwirtschaft, sei nicht das nötige Interesse vorhanden, er werde stiefmütterlich behandelt. Wer auf Staatshilfe rechne, könne lange warten. Die Parole könne nur lauten: Selbst ist der Mann, es müsse zur Selbsthilfe geschritten werden. Im Osten unseres Vaterlandes sei es vorgekommen, daß der Landwirt für seine Kartoffeln nur 60 Pfg. pro Zentner bekommen habe, während sie dann in der Stadt für 4,50 RM. pro Zentner verkauft seien. Was die Inflation nicht zerstört habe, das habe die Geizhalsigkeit getan, so z. B. durch die Einführung der Hauszinssteuer. Wenn nicht der Volksewismus zur Herrschaft gelangen solle, so müsse der Weg der Selbsthilfe beschritten werden. Diesen Weg habe Georg Kropf durch Begründung des deutschen Bausparwesens nicht nur gezeigt, sondern auch praktisch beschritten, dessen Geschäfte und Leistungen er vorführte. Bis zum 1. Januar 1930 waren 40 private Bausparkassen vorhanden, jetzt sind es 200. In anderen Erbkreisen bestehen solche schon lange. Bis Ende Dezember haben die deutschen Bausparkassen 164 Millionen RM. unkündbar zur Verfügung gestellt, wodurch 20 000 Familien ein Eigenheim bekommen haben. Durch dieselben werde auch die Gesamtwirtschaft neu belebt, und es sei dies ein Mittel, daß das Deutschland sich wieder

Lokale Geflügelschau des Geflügelzuchtvereins Halber.

—I Halver, 9. Februar 1931.

Der hiesige Geflügelzuchtverein hatte in der Turnhalle hiersebst am Samstag nachmittag und Sonntag eine Lokal-Schau veranstaltet. 241 Tiere, Hühner, Tauben, Gänse und Enten waren in Käfigen übersichtlich in der geräumigen Halle aufgestellt. Es waren durchweg schöne Tiere ausgestellt und so war es für die Preisrichter keine leichte Aufgabe, das Beste herauszufinden. Der Besuch der Ausstellung war ein guter. Die Ausstellung wurde am Samstag Mittag durch den Kreisverbandsvorsitzenden und Ehrenmitglied des hiesigen Vereins Herrn Hauptlehrer i. R. Horstmann - Brügge mit ei er Ansprache eröffnet, woran sich ein Rundgang durch die Ausstellung anschloß. Es wurden bemerkt 26 Tiere mit Ehrenpreisen, 22 mit sehr gut, 39 mit gut, und 58 mit befriedigend. Nachstehend lassen wir die Namen der Besitzer der Tiere, die mit Ehrenpreise bedacht sind, folgen:

1. Sühner:

— Der 100prozentige Tonfilm „Der unsterbliche Lump“ der am Samstag abend, Sonntag nachmittag und abend in den Lichtspielen Carlshöhe zur Aufführung kam, fand allgemein großen Anklang. Viel Lustiges und Nettes fand in diesem Film seine Aufnahme. Fiane Haid ist ein blickfauberes, herziges Dirndl. Gustav Fröhlich als „unsterblicher Lumpen“ erregt durch die Innerlichkeit seiner Darstellung. — Ein lustiges Beiprogramm vervollständigt das Programm der Lichtspiele. Wer sich noch nicht den obengenannten Film angesehen, veräume nicht, dies heute, Montagabend, noch nachzuholen. Außerdem findet die Vorstellung heute zu ermäßigten Preisen statt.

Schalksmühle

– & An der hiesigen Volksschule (Hohenzollernschule) ist von der Regierung in Arnberg eine Lehrerstelle (Stelle Pälmer) mit Wirkung vom 1. April 1931 ab aufgehoben worden.

Kierspe=Bhf.

—6 Im Vereinslokal Bastian hielt der Allgemeine Schützenrein für Nierspe-Bez. und Umgegend seine sehr gut besuchte Genera-Verammlung ab. Dieselbe wurde vom 1. Vorsitzenden, Herrn Willi Funke eröffnet und geleitet. Des verstorbenen Schützenbruders Willi Däumle wurde vor Eintritt in die Tagesordnung in üblicher Weise gedacht. Der Jahresbericht wurde vom Vorsitzenden erstattet und die Vereinsstätigkeit im einzelnen geschildert. Die gewählten Kassenprüfer fanden die Kasse für stimmend, sodas dem Kassierer Entlassung erteilt werden konnte. Die jagungsmäßig ausstehenden Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse ermäßigte man den Jahresbeitrag von 4 auf 3 M. Der Punkt „Festangelegenheit“ erforderte eine lange Aussprache. Das Schützenfest muß jagungsgemäß in diesem Jahre stattfinden, doch wurde beschlossen, in Anbetracht der schlechten Wirtschaftslage, das Fest in diesem Jahre nicht zu feiern. Ebenso soll auch ein Königschießen nicht stattfinden. Der Vorsitzende unterbreitete der Versammlung einen vom Vorstande ausgearbeiteten Plan, der von der Versammlung gutgeheißen wurde. Nach demselben findet am 25. Juli im Vereinslokal Bastian ein Freibierabend statt, der als Ersatz für den üblichen Commers bestimmt ist. Am Sonntag, den 26. Juli nachmittags 2 Uhr marschieren die Schützen vom Vereinslokal unter Vorantritt einer Musikkapelle zur Schnörrenbach, wo sich ein Preisschießen anschließt. Schluß desselben ist 6 Uhr abends. Nach erfolgtem Rückmarsch finden

silberfarbig, Werner Lüsebrink Italiener silberfarb., Paul Fischer auf Legehorn weiß, Adolf Kleinjung auf Westf. Krüper, Wilh. Schröder auf Schwarze Rheinländer, Werner Lüsebrink auf Porzellanfarbige Zwerge.

2. Tauben.

Adolf Kleinjung auf Reisebrieftauben, Wilh. Kind auf
Danziger Hochflieger, Werner Lüsebrink auf Danziger
Hochflieger, Werner Lüsebrink auf Lahore, Alfred Me-
senhöller auf Piantauben schw. schildig, Alfred Mesen-
höller auf Piantauben silber, Alfred Mesenhöller auf
Piantauben gelb, Adolf Kleinjung auf Indianer.

3. Wassergeflügel.

Wilh. Speckenbach auf Zap. Höcker Gänse, Wilh. Scharmann auf Emdener Riesen Gänse, Werner Lüsebrink auf Indische Laufenten, Ad. Kleinjung auf Rhafi Campbell, Carl Ficker auf Rhafi Campbell. Adolf Kleinjung hatte die besten Tiere auf der Ausstellung und erhielt einen besonderen Preis. August Verker erhielt durch das Los den Leistungspreis auf Rhodeländer. Wie schon eingangs erwähnt, wurden die übrigen Tiere mit sehr gut, gut und befriedigend bewertet, nur 7 Tiere waren ohne Bewertung geblieben. Die Ausstellung hat den Beweis erbracht, daß der Halverdische Geflügelzuchtverein hochwertige und nutzbringende Tiere züchtet.

—b Das Fest der silbernen Hochzeit feiern am Dienstag dieser Woche die Eheleute Gustav Däumer und Frau Emma geb. König. Wir entbieten dem Jubelpaare unsern herzlichsten Glückwunsch!

—x Brügge. In einer im Hotel Tasche stattgefundenen Aussprache über Verkehrsfragen waren die Vertreter der an das Volmegebiet angrenzenden Verkehrsvereine mit ihren Bürgermeistern sowie ein Mitglied vom geschäftsführenden Vorstände des Verkehrsverbandes vertreten. Für die diesjährige Werbefahrt mit Holländischen Pressevertretern einigte man sich auf folgende Linie: Von Hagen über Breckerfeld - Priorei — Schalksmühle — Halver — Rierspe — Meinerzhagen — Herjesheld — Lüdenscheid.

Brederfeld. Rodelunfall. Einen bedauerlichen Unfall zog sich das 10jährige Töchterchen des Landwirts H. zu Brauck zu, als es mit seinem Rodelschlitten in voller Fahrt gegen einen Baum fuhr. Es erlitt einen Oberschenkelbruch und mußte dem Krankenhause zugeführt werden.

Breckerfeld. Rundfunkanlagen für Landschulen. Durch Gelder der Regierung und des Kreises wurden an den Landschulen zu Branten, Kotten, Stöcken und Delle in der Gemeinde Breckerfeld, Priorei und Kalthausenhöhe in der Gemeinde Dahl und der Verbandschule zu Nummenohl Rundfunkanlagen eingerichtet, um den Schulfunk für den Unterricht nutzbar zu machen.

Altena. Am Küchenherdfeuer zu schaffern machte sich in Abwesenheit der Eltern in der Friedrich-Ebert-Straße ein 7jähriges Mädchen. Plötzlich fingen die Kleider der Kleinen Feuer, und mit schweren Brandwunden an Armen und Händen mußte sie ins Krankenhaus gebracht werden.

Plettenberg. Die Plettenberger Straßenbahn A. G. beabsichtigt die Verlegung ihrer Kleinbahnstrecke unter Mitbenutzung der von der Landgemeinde Plettenberg in Salthausen über den Eselschlag führenden Straßenbrücke

Attendorf. Quecksilbersalbe gegessen. Ein 1½-jähriges altes Kind des H. J. aus Bisternohl hatte in einem unbewachten Augenblick Salbe gegessen, die Quecksilber enthielt. Es stellten sich sofort Vergiftungserscheinungen ein. Der schnell herbeigerufene Arzt Dr. Scharpegge, Attendorf, sorgte sofort für die Ueberführung in das Krankenhaus in Attendorf. Das Kind konnte durch Gegenmittel gerettet werden.

Siegen. Tödlicher Kodelunfall. Im benachbarten Wiederstein ereignete sich gestern nachmittag beim Schlittenfahren ein schwerer Unglücksfall. Als drei Kinder im Alter von 6—10 Jahren auf einem Schlitten die Dorfstraße hinunterfuhren, wurde der Schlitten an einer Straßenkreuzung von einem Personenwagen erfasst, der den Schlitten überrannte. Eines der Kinder blieb dabei tot, die beiden anderen erlitten schwere Verletzungen.

Wietfeld. Tot im Kanal aufgefunden.
Zwischen Hahnen und Hartum wurde aus dem Mittel-
landkanal die Leiche eines Mädchens geborgen. Die
Ermittelungen nach den Personalien ergaben, daß die
Tote, die seit Mitte Dezember vermißt wurde, Elise Grimm aus
Niederleben ist. Die Leiche wies eine Schädelverletzung
auf, die darauf schließen läßt, daß ein Mord vorliegt. Die
Mordkommission hat die Nachforschungen aufgenommen.

Aus der Nachbarschaft

Stade. Aussetzung von Fasanen bei Stade. Nachdem in einer Gemeinde bei Stade ausgelegte Fasanen sich in den letzten Jahren auf entwickelt haben und damit der Beweis erbracht ist,

Daß dieses prächtige Bild auch auf der nordhannoverschen Geest günstige Existenzbedingungen findet, haben die Jagdpächter der nach der Geest zu gelegenen Raaden um Etade herum beschloffen, im Frühjahr 150 Hasen in ihren Jagdbezirken auszuhegen.

Bad Drenthausen. Wieder Reitturnier. Das von 1924 bis 1929 alljährlich abgehaltene Reit- und Fahrturnier, das im Vorjahre erstmalig ausfiel, soll in diesem Jahre wieder stattfinden. Das Turnier war ein wichtiger Mittelpunkt der gesellschaftlichen Saison des Bades und ist damit unentbehrlich geworden.

Bad Drenthausen. Zahlungseinstellung. Die größte Möbelfabrik des hiesigen Bezirks, die Firma Fr. Ottensmeyer AG. in Melbergen sieht sich gezwungen, ihre Zahlungen einzustellen und ihren Betrieb zu schließen, nachdem sie noch vor einem Jahre in Doppelschichten rund 25 Arbeiter beschäftigt. Das Möbelfabrikgeschäft liegt im ganzen stark darnieder.

Hoya. Billigeres Brot. Im Rahmen der Preisentfaltung der Reichsregierung hat die Bäckerei für den Kreis Hoya eine Senkung des Brotpreises vorgenommen, indem ab 1. Februar das Gewicht des Brotes heraufgehoben worden ist.

Hannover. Landungsfahrt des „Zeppelin“ nach Hannover. Die Verhandlungen, die das hiesige Fremdenverkehrsamt schon seit längerer Zeit mit der Zeppelin-Gesellschaft in Friedrichshafen gepflogen hat, haben grundsätzlich zu der Abmachung geführt, daß das Luftschiff „Graf Zeppelin“ im kommenden Sommerhalbjahr eine Landungsfahrt nach Hannover unternehmen wird. Landungsplatz wird die Bahnenwalder Heide sein. Der Tag wird noch genau festgelegt.

Blomberg. Erfolgreicher Wänschelrutengänger. Die in den warmen Monaten des Vorjahres aufgetretene Wänscherrutentherapie, die die Stadtverwaltung, einen Wänschelrutengänger mit der Auffassung von Wasseradern zu betrauen. Der Rutengänger stieß in der Nähe des Eichenberges auf ergiebige Quellen, die die Stadt sehr nutzbar machen wird. Die Bohrarbeiten sollen nunmehr in Angriff genommen werden.

Braunschweig. Notlandung eines Schulflugzeuges. In der Nähe von Wasbüttel mußte ein Flugzeug der hiesigen Verkehrsfliegerschule wegen eines Motorschadens niedergehen. Beim Aussteigen aus dem Flugzeug stürzte es jedoch nach der Seite um und wurde schwer beschädigt. Trotzdem sind die beiden Insassen unversehrt davongekommen. Der Apparat mußte abmontiert werden.

Emden. Holländische Wilddiebe überfallen einen Grenzbeamten. Zu einem schweren Kampf kam es zwischen zwei holländischen Wilddieben und dem deutschen Zollassistenten Klerke. Die Wilddiebe, Gebrüder Holstein, die ihren Wohnsitz jenseits der Grenze haben, werden seit Jahren verfolgt, wußten sich aber stets ihrer Verhaftung zu entziehen. Als nun Klerke seinen Patrouillengang im Grenzmoor unternahm, beobachtete er zwei Männer und forderte sie auf, stehen zu bleiben. Die Wilddiebe fügten sich angesichts der Bewaffnung des Beamten und versuchten sich durch ein Geldangebot freizukaufen. Der Beamte wies dieses Ansinnen jedoch zurück, und als er zur Verhaftung schreiten wollte, zogen die Grenzbanditen ein Messer, stürzten sich auf den Beamten, entriß ihm seinen Karabiner und schlugen auf ihn ein, so daß er bewußtlos niederfiel und sich erst nach längerer Zeit auf die Landjägerei Wymmer zu schleppen vermochte. Die Wilddiebe ergriffen die Flucht.

Westfälischer Provinziallandtag.

Nächste Sitzung am 10. April. — Wichtige Steuerfragen.

Münster. Wie jetzt feststeht, wird der Westfälische Provinziallandtag am 19. April zu seiner 77. Tagung zusammentreten. Der am 26. und 27. Februar tagende Provinzialausschuß hat zwar noch die Genehmigung zu erteilen, wird jedoch kaum einen anderen Zeitpunkt wählen können wegen der umfangreichen Vorbereitungen, die namentlich der für den 19. März zusammenberufene Haushaltanschuß zu bewältigen hat. Welche Wege man dem Provinziallandtag vorschlagen wird, den durch die ständige Steigerung der Wohlfahrtslasten und den großen Ausfall im Steuerfoll entstandenen Fehlbetrag von rund 700.000 Mark zu decken, kann heute noch nicht gesagt werden. Es besteht die Vermutung, daß irgendwie ein Hundertstel der von den Städten erhobenen Bürgersteuer zur Deckung herangezogen werden muß. Auch die Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer auf Provinz und einzelne

Kreise wird in den Beratungen eine nicht unerhebliche Rolle spielen, da die Provinz sich mit dem von den Kreisen geforderten Verteilungsschlüssel nicht zufrieden geben will. Aus Anlaß dieses 77. Westfälischen Provinziallandtags will der Landeshauptmann von Westfalen den ersten Band der wissenschaftlichen Untersuchungen über die Westfalen- und Niedersachsenfrage den Abgeordneten und der Öffentlichkeit unterbreiten.

Der Preussische Landgemeindetag West zur Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen.

Der Preussische Landgemeindetag West hat zu der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 Stellung genommen und seine Forderungen und Abänderungswünsche im einzelnen den zuständigen Stellen in Regierung und Parlament zugeleitet. Aus der Fülle der Fragen und Forderungen, auf deren Klärung und Verwirklichung der Verband besonderes Gewicht legen muß, seien nachstehend u. a. zwei Punkte besonders herausgestellt.

Wenn in Kapitel 3 betr. Gewerbesteuer bestimmt ist, daß eine Bergbauniedernehmung nur in den Gemeinden eine Betriebsstätte hat, in denen sich oberirdische Anlagen befinden, in welchen eine gewerbliche Tätigkeit entfaltet wird, so hat der Preussische Landgemeindetag West im Interesse der Landgemeinden mit allem Nachdruck gefordert, daß der Gesetzentwurf entsprechend einer umgekehrten Entscheidung des Reichsfinanzhofes abgeändert wird, und daß eine Betriebsstätte der Bergbauniedernehmung auch für die Gemeinden anerkannt wird, in denen sich lediglich unterirdische Bergwerkssanlagen befinden.

Nach den Landesgesetzen war bisher eine völlige Freistellung von der Gewerbesteuer auf Grund vertraglicher Vereinbarungen rechtlich nicht möglich. Dagegen war es zulässig, daß sich die Gemeinden mit ihren Gewerbesteuerpflichtigen durch Vereinbarungen über etwaige von den Steuerbefreiungen abweichende Steuerfestsetzungen einigten. Solche Steuervereinbarungen müssen deshalb auf Grund landesrechtlicher Vorschriften auch weiterhin zulässig sein. Es fehlen jedoch hier die Bestimmungen, daß bei einer etwaigen Vereinbarung zwischen einem Land und einem Steuerpflichtigen, soweit hierdurch das Gewerbesteueraufkommen einer Gemeinde verringert wird, die letztere ihre Zustimmung erteilen muß, und daß, sofern zwischen einer Betriebszweiggemeinde und einem Gewerbesteuerpflichtigen eine derartige Vereinbarung zustande kommt, die etwaigen Arbeiterwohnzweiggemeinden an dem vereinbarten Steueraufkommen nach dem Verhältnis der in ihnen wohnenden Arbeiterzahl dieses Betriebes zu seiner Gesamtarbeiterzahl zu beteiligen sind. Solche Steuerabkommen müßten weiterhin auf mehrere Jahre getätigt werden können, weil andererseits nicht der von den Gemeinden und den Betrieben beabsichtigte Zweck einer möglichst stabilen, ausgeglichenen Finanzgebarung erreicht wird.

In richtiger Erkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse hatte das Land Preußen bisher in § 52 der Gewerbesteuerverordnung einen interkommunalen Lastenausgleich zwischen Betriebs- und Arbeiterwohnzweiggemeinde vorgezogen. Wenn auch anzunehmen ist, daß das Land Preußen diesem Grundsatz treu bleiben wird, so bedeutet es doch eine Schwäche in der Notverordnung, daß sie diesem Grundsatz der Durchführung eines Ausgleiches zugunsten der Arbeiterwohnzweiggemeinden nicht den Ländern als Verpflichtung auferlegt hat. Diese Frage hat für die Mitgliedsgemeinden des Preussischen Landgemeindetages West besondere Bedeutung; denn den Landgemeinden entstehen, besonders in industriellen Gebieten, als Arbeiterwohnzweiggemeinde auf dem Gebiete des Polizei-, Schul- und Wohlfahrtswesens ganz erhebliche Lasten, ohne daß sie von den Betriebszweiggemeinden irgendwelche Zuschüsse erhalten. Die im Finanzausgleichsgesetz enthaltene reichsrechtliche Vorschrift, wonach die Länder gehalten sind, für einen Lastenausgleich zwischen ihren Gemeinden insbesondere auf dem Gebiet der Armen-, Schul- und Polizeilasten zu sorgen, kann nicht genügen, weil es sich in dieser Bestimmung um einen allgemeinen Lastenausgleich unter sämtlichen Gemeinden handelt, während hier ein Ausgleich speziell zwischen Betriebs- und Arbeiterwohnzweiggemeinden angestrebt wird.

Der Preussische Landgemeindetag West hat daher beantragt, das Gesetz durch eine Bestimmung zu ergänzen, welche die Länder verpflichtet, einen interkommunalen Lastenausgleich nach dem Vorbilde des § 52 der Preussischen Gewerbesteuerverordnung zu treffen, und welche entsprechende Vereinbarungen zwischen den Ländern vorschreibt, sofern die Betriebs- und Arbeiterwohnzweiggemeinden verschiedenen Ländern angehören.

Einschränkung der Lehrlingshaltung im Friseurhandwerk.

Nur ein Lehrling in jedem Betrieb.

Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat, wie die Handwerkskammer Hannover mitteilt, unter Aufhebung seiner bisherigen Anordnungen die Lehrlingshaltung im Friseurhandwerk noch weiter beschränkt. In jedem Betriebe darf nur ein Lehrling gehalten werden, vorausgesetzt, daß die sonstigen gesetzlichen Vorschriften erfüllt sind. Ein zweiter Lehrling darf eingestellt werden, wenn der erste Lehrling das letzte Jahr seiner Lehrzeit beginnt. Mehr als zwei Lehrlinge sind nicht zulässig, auch für die sogenannten gemischten Betriebe nicht. Der zweite Lehrling darf erst eingestellt werden, nachdem die Handwerkskammer bzw. die Innung dem Lehrmeister bescheinigt hat, daß der erste Lehrling das letzte Jahr seiner Lehrzeit begonnen hat. Mehrere Betriebe desselben Unternehmers an einem Ort oder ein Betrieb mit mehreren Zweigstellen gelten im Sinne dieser Anordnung als ein Betrieb. Die Anordnung gilt mit Wirkung vom 29. Januar 1931. Diejenigen Lehrlinge, die bis zu diesem Zeitpunkt nach den bisher geltenden Bestimmungen eingestellt sind und ihre Lehre begonnen haben, können die Lehrlinge beenden.

Inangriffnahme der Oertalsperre.

Beratung des Kuratoriums der Harzwasserwerke.

Das Kuratorium der Harzwasserwerke tagte unlängst in Hannover, um über Verwaltungsangelegenheiten und die Vergebung der Arbeiten für den Oertalsperrenbau zu beraten. Die Direktion der Harzwasserwerke wurde ermächtigt, mit der Arbeitsgemeinschaft Oertalsperre (Beton- & Monier, Büscher & Bauens) einen Vertrag über den Bau der Oertalsperre abzuschließen, der als Notstandsarbeit mit hannoverschen Arbeitslosen ausgeführt wird, abzuschließen. Für die endgültige Entscheidung der Direktion soll die vertragliche Zustimmung der Arbeitsgemeinschaft maßgebend sein, die von ihr bereits genannten hannoverschen Firmen im Rahmen der von ihr gegebenen Zusicherungen zu beschäftigen und darüber hinaus bei allen Aufträgen nach Möglichkeit noch andere einheimische Firmen zu berücksichtigen. In der kommenden Tagung des Provinziallandtages wird voraussichtlich eingehend über die Harzwasserwerke gesprochen werden, da es sich darum handelt, den Restbetrag der bewilligten Mittel für das Gesamtunternehmen der Harzwasserwerke bereitzustellen.

Schlusssdienst.

Vermischte Nachrichten vom 8. Februar.

Raubmord im D-Zug?

Gießen. In Vuhbach, an der Strecke Friedberg—Gießen entdeckte der Lokomotivführer eines Personenzuges eine männliche Leiche im Unterbau der Lokomotive. Daraufhin wurden die Schienen dieser Strecke abgesucht und Teile von Kleidungsstücken und einer goldenen Uhr gefunden. Den Bemühungen der Gendarmerie gelang es, in dem Toten den Schuhfabrikanten Schud aus Pirmasens, der seit acht Tagen auf der Reise war, zu ermitteln. Man nimmt an, daß an ihm, der in guten Verhältnissen lebte und verheiratet war, ein Raubmord verübt worden ist, wahrscheinlich in dem D-Zug Berlin—Pirmasens. Die Leiche ist dann von dem Personenzug bis zu ihrem Fundort mitgeschleppt worden.

Prag ohne Wasser.

Prag. Durch einen Rohrbruch war die Stadt beinahe zwei Tage lang ohne Wasser. Die wenigen Brunnen in der Stadt waren von schimpfenden Frauen belagert, die trotz Kälte und Schneefall in langen Reihen mit allen möglichen und unmöglichen Behältern die Brunnen umfanden. Das geborstene Rohr stammt aus einer Lieferung, die seinerzeit von einem französischen Werk für Prag angefertigt wurde. Damals entstand ein politischer Streit um die Lieferung, da hervorragende Fachleute Bedenken gegen die Güte dieser Lieferung erhoben. Es ist bereits das vierte Rohr aus dieser Lieferung, das geplagt ist und tagelangen Wassermangel zur Folge hatte.

Filmstreit in Wien.

Wien. Das Bundesministerium für Heerwesen hat einen Lehrfilm „Ein Tag im Truppenleben“ hergestellt, der die Bevölkerung über die Tätigkeit des Bundesheeres unterrichten soll. Der Wiener Magistrat, der zugleich die mit dem Kino besetzte Landesbehörde ist, hat Jugendlichen den Besuch dieses Filmes verboten, weil die Darstellungen „kriegerischer Handlungen“ für die Jugend schädlich sei. Das Bundesministerium für Heerwesen wird gegen die Verfügung des Magistrats Berufung einlegen.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Schöne weiße Zähne

Auch ich möchte nicht verfehlen, Ihnen meine größte Anerkennung und vollste Zufriedenheit über die „Chlorodont-Zahnpaste“ zu übermitteln. Ich gebrauche „Chlorodont“ schon seit Jahren und werde ob meiner schönen weißen Zähne oft beneidet, die ich letzten Endes nur durch den täglichen Gebrauch Ihrer Chlorodont-Zahnpaste erreicht habe. G. Reichelt, Sch. Versuchen Sie es zunächst mit einer Tube Chlorodont-Zahnpaste zu 54 Pf. Verlangen Sie aber echt Chlorodont und weisen Sie jeden Ertrag dafür zurück.

Billige Tage!

Vom 10. — 25. Februar.

Einige Beispiele über die staunend billigen Preise.

Glas — Porzellan — Steingut.

Kompotteller aus Preßglas	6 Stck.	0.50 M.
EBteller, tief und flach	6 Stck.	0.98 M.
EBteller, Feston mit Goldrand		0.70, 0.42 M.
Gedecke, 3 teilig nach Wahl	0.80, 0.70, 0.60.	0.50 M.
Kaffeefservice mit Streublumen		4.75 M.
Kaffeefservice mit Goldrand		7.9 M.
Waschgarnituren mit Goldrand		5.50 M.
Kakaokannen		früher 2.65 jetzt 1.65

Emailewaren.

Bazarwannen	Gr. 86 cm.	1.65, 0.98 M.
Eimer	Gr. 28 cm.	1.45, 1.10 M.
Milchkocher	Gr. 16 cm.	1.40 M.
Stielcasserollen	Gr. 16 cm.	0.70 M.
Seifenbecken		0.35 M.
Brotkästen la. Decore		2.95 M.
Zink-Eimer	Gr. 28 cm.	0.78 M.
Taschenlampe mit Batterie und Birne		0.98 M.

Andere Artikel weit unter Tagespreis.

Ernst Bergmann,
Halver, Eichholz, Telefon 345.



**Bommerter
Behrverein**

Hiermit laden wir unsere Mitglieder zu der am Sonntag, dem 16. d. M. nachm. 4 Uhr im Vereinslokal in Schultenhefeld stattfindenden

**Haupt-
Versammlung**
ein.

Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

**Westf. Bauern-Verein
Halver.**

Donnerstag, den 12. Februar nachm. 3 Uhr im Hotel zur Post Halver

Versammlung

Tagesordnung:
1. Vortrag v. Dr. Golte: Wirtschaftspolitische Zeit- u. Steuerfragen
2. Dr. Lohmann, Sozialgesetzgebung und Landwirtschaftl. Versicherungsfragen,
Es ladet ein:
Der Vorstand.

Mit Glas schreiben

heißt
leicht schreiben
schnell schreiben
und mit Tinte
durchschreiben

Diese Vorteile
bietet
Ihnen der

HARO

Füllhalter mit der auswechselbaren
Original-HARO-Glasfeder
mit der blauen Kugel

Mit der massiven, fein polierten Glasfeder schreiben Sie ohne Spießen weich u. fließ wie mit Blei. Sie schreiben aber mit Tinte. Die Glasfeder können Sie selbst leicht auswechseln. Die Original-HARO-Glasfeder, für jede Handschrift passend, (fein, mittel, dick, stumpf) kostet 30 Pfg.

Machen Sie bitte eine unverbindliche Schreibprobe bei

**Buchhandlung
Wilh. Bell jr., Halver.**

**Vaterl. Frauenverein
Halver.**

Donnerstag, den 12. Febr. nachm. 4 1/2 Uhr im Gasthof zur Fuhr

**Mitglieder-
Versammlung**

Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Verschiedenes.
Der Hauptvorstand.

Alle diejenigen, die sich für die

**Gründung eines
Wintersportvereins**

interessieren, werden gebeten, sich heute, Montag abend 8 Uhr im Hotel zur Post einzufinden.

Die Einberufer.

**Eisen- Metall-
Holz- Betten**

Stahlmatt. Kinder Schlafzimm., Chaiselong, a. Priv. Ratenz. Katalog 1914 frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür)

Leichte, gut erhaltene

Drehbänke

gegen sofortige Kasse zu kaufen gesucht.

Dtto Badhaus,

G. m. b. H.
Bakelite-Preßwerk,
Oberbrügge—Bollwerk

Empfehle mich

Lieferung

und

Anpflanzung

fäktlicher

**Nadel- u. Laub-
holzpflanzen**

zu billigen Preisen.

Ernst Klisch jr.,

Forstkulturgehäfte,
Elbringhausen b. Kierspe.
Tel. Nr. 667, Amt Melmerzhagen

**Milchinn
Magarine**

stets frisch mit Wert
Reklame

Otto Meisterjahn,

Kierspe.
Fernsprecher 218.